

Sorgenlos ist kaum eine Gemeinde

Infrastruktur: Enquete-Kommission findet im Kreis Miltenberg unterschiedliche Chancen auf Entwicklung vor

Von unserem Redakteur
MANFRED WEISS

KREIS MILTENBERG. Der ICE aus München erreichte Aschaffenburg mit 30 Minuten Verspätung. Unter Zeitdruck musste sich daher am Freitag die vom Bayerischen Landtag eingesetzte Enquete-Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern« ein Bild vom Landkreis Miltenberg machen. Dabei wurde den Abgeordneten in Begleitung externer Sachverständiger klar, wie unterschiedlich die Strukturen sind.

So profitiert die Gemeinde Niedernberg nicht nur von großzügigen Gewerbeflächen, einer guten

» Unterfranken ist eine Region der Kooperation. «

Paul Beinhof, Regierungspräsident

Anbindung an B469, Autobahn und Flughafen, sondern auch von der Ansiedlung von Unternehmen aus dem Ballungsraum Aschaffenburg. Außerdem sorgen potente Firmen wie Gries Deco, ABI, Styx, Suffel und AIS durch ihre Gewerbesteuer dafür, dass die Gemeinde laut Bürgermeister Jürgen Reinhard schuldenfrei ist und »wenige Probleme« hat.

Da sieht es im Süden des Kreises anders aus. Im enger werdenden Maintal, aber auch im Spessart und Odenwald haben Kommunen kaum mehr Entwicklungsmöglichkeiten. In Weilbach schilderte Bürgermeister Bernhard Kern damit verbundene Probleme. Da er gleichzeitig erklärte, mit welchen Instrumenten – Kommunalunternehmen, Bau- und Vermietungs GmbH – es ihm dennoch gelungen ist, dass Weilbach ein Gesundheitszentrum und Seniorenwohnheim, ein 14 Hektar großes Gewerbegebiet Süd sowie 60 neue Wohnheiten vorweisen kann, ließ einen der Gäste raunen, Unterfranken brauche womöglich Münchens Hilfe gar nicht.

Schneller nach Frankfurt

Amorbachs Bürgermeister Peter Schmitt rückte das Bild zurecht. Nachdem er die interkommunale Initiative Odenwald-Allianz vorgestellt hatte, wies er auf Mängel bei der wohnortnahen Gesundheitsversorgung sowie auf Probleme bei der Finanzierung der Schwimmbäder in Amorbach und Miltenberg hin. Enquete-Vorsitzender Berthold Rütth sagte erneut zu, dass die Kommission in ihrem Abschlussbericht in der zweiten



Oberbürgermeister Klaus Herzog (Bildmitte) zeigt der Enquete-Kommission mit Vorsitzendem Berthold Rütth (rechts daneben) Aschaffenburgs Hauptbahnhof. Mit dabei: (von links) die Abgeordneten Martina Fehner und Hans Jürgen Fahn. Foto: Stefan Gregor

Hintergrund: Enquete-Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern«

Der Bayerische Landtag kann zur **Vorbereitung von Entscheidungen** über umfangreiche und bedeutsame Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Freistaates fallen, Enquete-Kommissionen einsetzen. Am **1. Juli 2014** beschloss die Vollversammlung die En-

quete-Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern«. Sie soll aufzeigen, wie ein **Auseinanderdriften Bayerns** in stärker und schwächer werdende Gebiete verhindert beziehungsweise gestoppt werden kann. Angestrebt werden **gleichwertige Le-**

bensverhältnisse und Arbeitsbedingungen. Dem Gremium gehören **Landtagsabgeordnete und externe Sachverständige** an. Vorsitzender der Enquete-Kommission ist der Eschauer Landtagsabgeordnete **Berthold Rütth** (CSU). (mw)

Jahreshälfte einen Vorschlag zur Lösung der Schwimmbadproblematik machen werde. Schmitt forderte eine schnellere Bahnverbindung nach Frankfurt. Er regte zudem an, dass Gelder des kommunalen Finanzausgleichs differenzierter verteilt werden sollten. Sein Credo: Kleinere Gemeinden mit geringen Entwicklungschancen benötigen mehr Förderung als Kommunen, die problemlos Gewerbe ansiedeln können.

Im Refektorium des Fürstlich Leiningenschen Schlosses unterstrich Regierungspräsident Paul Beinhof, wie wichtig »der gezielte Einsatz staatlicher Finanzmittel« sei, zuvorderst für Gemeinden, die stark vom Bevölkerungsschwund betroffen sind, viele Ortsteile haben, aber geringe Gewerbeflächen. Der Kommission gab er als Erfordernisse des ländlichen Raums mit auf den Weg: gute überregionale Erreichbarkeit durch Ausbau von A3 und A7 und gut getaktete ICE-Anschlüsse, Si-

cherung Aschaffenburgs als ICE-Bahnhof, Sicherung der industriellen Kerne durch moderne Verkehrsinfrastruktur und leistungsfähigen Breitbandanschluss, Infrastruktur für Bildung, Wissen und Innovationen in Kooperation mit der Wirtschaft, für die Menschen »ein umfassendes Angebot an Gütern und Dienstleistungen in zumutbarer Entfernung« sowie Sicherung »unseres kulturellen und landschaftlichen Kapitals«.

Region attraktiver machen

Maximilian von Funck, Geschäftsführer der Odenwaldwerke Amorbach, machte deutlich, dass auch die Wirtschaft Erwartungen an die Staatsregierung hat. Mit dem Aufbau einer neuen Produktionslinie, dem Bau eines Entwicklungs- und Innovationszentrums und der Sanierung des Wollewerkes hat das Unternehmen Großprojekte vor sich, die mit Investitionen von 40 Millionen Euro verbunden sind. OWA mit seinen

450 Mitarbeitern habe im Ringen um Fachkräfte mit Metropolen wie Frankfurt, Berlin und München zu konkurrieren. An die Politik richtete von Funck daher die Forderung, mitzuhelfen, das flache Land attraktiver zu machen.

Andreas Freundt, Hauptgeschäftsführer der IHK, steckte für die Gäste den Wirtschaftsraum ab. Die Region zeichne sich durch ein leistungsfähiges produzierendes Gewerbe aus. »Bei uns zischt, dampft und raucht es noch.« Er machte deutlich, dass die Wirtschaft den Bayerischen Untermain klar als Teil der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main betrachtet. In Richtung Rhein-Main ließ sich die Delegation dann von der Westfrankenbahn befördern. Geschäftsführer Denis Kollai erläuterte mit zweigleisigen Streckenabschnitten und barrierefreiem Ausbau von Bahnhöfen Optimierungsvorhaben. In Aschaffenburg führte Oberbürgermeister Klaus Herzog durch den Hauptbahnhof.